

Vorsicht, Ansteckungsgefahr: Stigmatisierung, Vorurteil und Diskriminierung; Der Einfluss der Corona-Krise auf extremistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland

Döring, Maurice (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Döring, M. (Hrsg.). (2020). *Vorsicht, Ansteckungsgefahr: Stigmatisierung, Vorurteil und Diskriminierung; Der Einfluss der Corona-Krise auf extremistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland* (CoRE-NRW Workshopdokumentation, 1). Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC); CoRE-NRW - Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia / Netzwerk für Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71645-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>



Netzwerk für Extremismusforschung
in Nordrhein-Westfalen

CoRE - Connecting Research
on Extremism in
North Rhine-Westphalia

VORSICHT, ANSTECKUNGSGEFAHR

**Stigmatisierung, Vorurteil und Diskriminierung: Der Einfluss
der Corona-Krise auf extremistische Radikalisierungsprozesse
in Deutschland**

Maurice Döring (Hg.)

Im Auftrag von

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Zusammenfassung

Verschwörungsmythen sowie die Imagination einer apokalyptischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung sind wichtige Versatzstücke in vielen extremistischen Weltbildern. Die Unsicherheit und das Krisenempfinden in der Corona-Pandemie bieten vielfältige Anknüpfungspunkte für Verschwörungserzählungen. Gerade extremistische Gruppen nutzen Krisensituationen und Verschwörungserzählungen zur Selbstdarstellung als legitimer Widerstand gegen „die da oben“. Insbesondere Akteure aus dem rechten Spektrum machen ihre ideologische Weltsicht und anti-demokratische Programmatik über Narrative zur Krise anschlussfähig. Doch auch islamistische Gruppen haben sinnstiftende Erzählungen zur Pandemie in ihrer Propagandaarbeit entwickelt. Welches Mobilisierungspotenzial wohnt den Narrativen inne, insbesondere auch im islamistischen Milieu? Wie weit können sie in die Bevölkerung hineinwirken? Welche Forschungsfragen ergeben sich daraus? Und wie können Staat und Zivilgesellschaft darauf reagieren, insbesondere im Kontext von Präventionsarbeit?

Der virtuelle CoRE-NRW Workshop „Vorsicht, Ansteckungsgefahr: Stigmatisierung, Vorurteil und Diskriminierung - Der Einfluss der Corona-Krise auf extremistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland“ am 17. Juni 2020 fokussierte auf die tatsächlichen und möglichen Schnittstellen zwischen pandemischem Ausnahmezustand und extremistischem Diskurs. Zwei Phänomene standen dabei im Vordergrund: Der Rechtsextremismus und der Islamismus. Prof. Andreas Zick (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld), Anetta Kahane (Vorsitzende der Antonio-Amadeu-Stiftung), Alexander Häusler (Hochschule Düsseldorf) und Martin Zabel (Kai-Arnold-Stiftung) präsentierten Beobachtungen zu den skizzierten Fragen und diskutierten im Anschluss mit den Teilnehmenden. Dieser Bericht fasst die zentralen Erkenntnisse und Aspekte der Veranstaltung basierend auf den Vorträgen und den Diskussionen zusammen. Die Kästen zeigen in Ergänzung zum Text ausgewählte Diskussionsbeiträge aus dem Chat sowie Antworten darauf.

INHALT

Gruppierungen und Strukturen der Proteste	3
Corona und die Rechte	3
Der Umgang islamistischer Gruppen mit der Pandemie	4
Die gesellschaftliche Einordnung der Proteste	5
Was können wir tun?	6

Vorsicht, Ansteckungsgefahr

Stigmatisierung, Vorurteil und Diskriminierung: Der Einfluss der Corona-Krise auf extremistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland

Gruppierungen und Strukturen der Proteste

Die Mobilisierung auf den Straßen im Zuge der Corona-Proteste ist sehr heterogen. Es sind Mischszenen entstanden, die sich aus verschiedensten Strömungen, Meinungsgruppen und Milieus zusammensetzen und über entsprechend unterschiedliche Organisationsformen verfügen. Dabei mischen sich auch bereits etablierte Verschwörungsbewegungen mit ein, z. B. die Montagsmahnwachen, die Chemtrail-Bewegung sowie Technologie- oder Modernitätsgegnerinnen und -gegner. Tragend sind dabei vor allem Impfgegnerinnen und -gegner, Anhängerinnen und Anhänger „alternativer Medizin“ sowie „alternativer Medien“ (z. B. aus der Blog- und You-Tube-Szene). Auch eine Anschlussfähigkeit der Reichsbürgerszene an die Proteste ist sowohl auf personeller als auch sprachlicher Ebene zu beobachten. Ideologische Differenzen oder Widersprüche zwischen den Gruppen und Strömungen werden von ihren Vertreterinnen und Vertretern weitestgehend ignoriert. Hier wirkt die geteilte Haltung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen als Bindeglied über ideologische Gräben hinweg und schafft neue Allianzen über Milieus hinweg.

Interessant sind regionale Unterschiede. Die Corona-Proteste in westdeutschen Städten sind vornehmlich gekennzeichnet vom alternativ-esoterischen Milieu. Die extreme Rechte steht dabei eher am Rand und wirkt organisatorisch und ideologisch nicht sehr weit in die Protestbewegung hinein. Bei den ostdeutschen Protesten hingegen treten dagegen sogenannte „Wutbürger“ auf, die Überschneidungen mit der Pegida-Bewegung und den in diesem Zusammenhang entwickelten Narrativen und Positionen aufweisen. Ein Stadt-Land-Gefälle zeigt sich darin, dass in ländlichen Gebieten Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum und der Hooligan-Szene die Proteste zur Selbstinszenierung nutzen. Diese Gruppen präsentieren sich in Form von Bürgerwehren als „Schutzmacht“ der Proteste.

Frage:

„Welche Rolle spielt die Öffentlichkeit mit möglicherweise zu pauschalisierenden Urteilen über Corona-Proteste? Wird durch den medialen/ öffentlichen Diskurs die Gelegenheitsstruktur für eine Anfälligkeit für Extremismus/Verschwörungstheorien verstärkt?“

Antwort aus der Diskussion:

„Öffentlichkeiten sind divers, es gibt viele unterschiedliche Öffentlichkeiten, Milieus sind wichtig, gesellschaftliches Leben findet mehr in Nischen statt, nicht in einer ‚allgemeinen‘ Öffentlichkeit, man muss mehr auf gesellschaftliche radikale Nischen schauen (z. B. Salafismus und Home-Schooling). Wie geht es z. B. jetzt den Kindern in den radikalen Nischen, in den radikalen Gruppierungen? Hier gibt es ein großes Radikalisierungspotential, das oft übersehen wird.“

Corona und die Rechte

Für die extreme Rechte ist der politische Ausnahmezustand konstituierend, denn nur in ihm kann sie sich als handlungsmächtig in Opposition zu den „etablierten Eliten“ inszenieren und Deutungsmacht im politischen Diskurs ausbauen. Die Rechte ist allerdings nicht Initiator der Proteste, sondern macht sich die Proteste gegen die Schutzmaßnahmen als Instrument öffentlicher Inszenierung und somit zur Mobilisierung zu Nutze. Rechte Akteure bedienen sich ihrer Erfahrungen darin, enge öffentliche Räume zur Inszenierung zu nutzen, z. B. indem „spontane“ Spaziergänge veranstaltet werden.

Es gibt einige zentrale verbindende Narrative zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Corona-Proteste, an die die extreme Rechte gut anknüpfen kann. Erstens, der Staat betreibe bewusste Desinformation über den Virus, wodurch „alternative Medien“ an Einfluss gewinnen. Hier verfängt das rechte Narrativ der Lügenpresse, Staatsfunk und gekauften Medien. Zweitens, hinter Corona stecke eine große Verschwörung geheimer Strippenzieher, die aus der Krise Kapital schlagen und die Kontrolle über die Bevölkerung etablieren wollen. Hier zeigen sich Bezugspunkte zum antisemitischen Weltbild einer jüdischen Weltverschwörung. Drittens handele es sich bei der Corona-Krise um ein Mittel zum Zweck, um eine autoritäre Herrschaft zu etablieren (Stichwort „Merkel-Diktatur“) und die liberal-kapitalistische Weltordnung zu festigen. Auch wird ein Bezug zu Geflüchteten hergestellt, denen angesichts der Pandemie erst recht die Einreise nach Deutschland verwehrt werden müsse. So werden geschickt Brücken zwischen rechten Kernthemen geschlagen, um eine Mobilisierung zu erreichen. Dadurch werden zum einen fremdenfeindliche Ressentiments geschürt, in deren Fokus verstärkt Bevölkerungsgruppen wie Saisonarbeiter aus Osteuropa oder Sinti und Roma zu Zielgruppen werden. Zum anderen wird an die Erzählung des großen Staatsversagens angeknüpft. In dieser Lesart sind Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie die Handlungen eines kaputten Rechtsstaates, der sich nun aus Überforderung angesichts der Krise in totalitärer Manier gegen die eigenen Bürger richtet.

Die AfD spielt innerhalb des rechten Spektrums in der politischen Landschaft des Protestgeschehens eine Sonderrolle. Die Partei hat, ebenso wie andere Teile im rechten Spektrum, im Zuge der Pandemie einen radikalen Kurswechsel vollzogen. Im März kritisierte die AfD das „lasche Krisenmanagement“ der Bundesregierung und forderte deutlich schärfere Maßnahmen der Bundesregierung sowie umfangreiche Schutzmaßnahmen für Betroffene. Nach einem parteiinternen Tauziehen setzten sich die Corona-Skeptiker durch und vielerorts schlossen sich AfD-Funktionäre den Corona-Protesten an. Gegenwärtig ist die AfD von internen Spaltungen und Streitereien abgelenkt. Sie konnte sich bislang noch nicht politisch profitieren und hat es bislang nicht geschafft sich in diesem Kontext als starke, konsequente Partei zu inszenieren.

Der Umgang islamistischer Gruppe mit der Pandemie

Eine organisierte Teilnahme oder Inszenierung der islamistischen Szene bei den Corona-Demonstrationen, die über die individuelle Teilnahme Einzelner hinausgeht, lässt sich nicht beobachten. Die Organisationsfähigkeit des deutschen Milieus ist derzeit stark eingeschränkt durch Verbote von Organisationen und die Inhaftierung von Schlüsselfiguren. Auf der globalen Ebene nutzen islamistische Gruppierungen die Corona-Pandemie jedoch massiv zu propagandistischen Zwecken. Deren Versatzstücke tauchen entsprechend auch in Erzählungen innerhalb des islamistischen Milieus in Deutschland auf.

Salafistisch-dschihadistische und politische Gruppen unterscheiden sich allerdings in ihrem Umgang mit der Pandemie. Die Propaganda des sogenannten Islamischen Staats (IS) oder Al Qaida ist dabei eher zentralistisch organisiert. Sie wird von der Führungsebene entwickelt und über die offiziellen Kanäle und Medien der Gruppen verbreitet. Es gibt jedoch *user-generated content*, also dezentral von Sympathisierenden in Eigenproduktion hergestelltes Material, das dann über deren soziale Netzwerke verbreitet wird. Dabei produzieren Al Qaida und IS jeweils eigene Erzählungen, um die Deutungshoheit über die Pandemie im salafistisch-dschihadistischen Spektrum zu erobern. Politische Gruppierungen des politisch-islamistischen Spektrums verfolgen eine recht pragmatische Strategie. Sie geben Hinweise auf hygienegerechtes Verhalten und ergreifen, z. B. wie die Hamas oder al-Quds-Brigaden, selbst Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Infektionen. Auch die Ennahdha Partei in Tunesien hat die staatlichen Maßnahmen vollumfänglich mitgetragen und sich nicht an Verschwörungserzählungen und Fake News beteiligt.

Gleichzeitig beobachten islamistische Gruppierungen auch sehr genau die pandemiebezogenen Diskurse im Westen und nutzen diese propagandistisch aus. Dabei suchen sie die Konfrontation mit den angefeindeten Regierungen auf der normativen Ebene. Der Corona-Virus sei eine Prüfung Gottes bzw. seine Strafe für das Verhalten der Ungläubigen. Hier gibt es durchaus Überschneidungen mit fundamentalistischen Interpretationen zur Corona-Krise in anderen Religionen, denen zufolge Corona eine Strafe für sündiges Verhalten, z. B. Homosexualität oder Ehebruch sei. Auch die christliche Rechte kritisiert teilweise Schutzmaßnahmen gegen Corona mit dem Argument, Gott werde die Gläubigen schützen. Die Menschen sollten auf ihre Gebete und die Festigkeit ihres Glaubens vertrauen, statt auf Abstandregeln und auf die Angst vor dem Virus.

Anfangs behauptete der IS noch, seine Anhänger würden von der Ansteckung verschont, da der Virus als Strafe für die Kreuzritter nur Ungläubige infiziere. Auch lege die Krise die moralische Verdorbenheit der westlichen Gesellschaften offen, für die das Corona-Virus ein Mittel sei, um die unproduktiven, in der Pflege kostspieligen alten Menschen der Gesellschaft loszuwerden. Dem gegenüber sei die vom IS propagierte „islamische Gesellschaftsordnung“ moralisch überlegen. Covid-19 ist in dieser Erzählung der kleinste Soldat des Dschihad, also ein Verbündeter des IS. Später passte sich die Propaganda des IS der globalen Pandemieentwicklung an. Bei Ausbruch des Virus in China bezogen sich die Erzählungen noch konkret auf dieses Land. Peking werde, so die Erzählung, für seinen Umgang mit der muslimischen Minderheit der Uiguren von Gott bestraft. Mit Ausbreitung der Pandemie über China hinaus erweiterte sich die Erzählung von der Strafe Gottes dann auf den Westen. Propagandaschriften machten Fotos von älteren Menschen vor leeren Supermarktregalen zu Symbolen sowohl für das Versagen des kapitalistischen Systems als auch für die Vernachlässigung alter Menschen sowie mangelnder Solidarität und Moralität. Das sei Beweis für eine darwinistische Gesellschaft, in der das Wirtschaftssystem höher als die Gesundheit und das Individuum höher als das Kollektiv eingestuft werden.

Frage:

„Eine ad-hoc These, mit der Bitte um Kommentare: Es gibt eine Stigmatisierung von Infizierten durch Teile von Medien und Politik, die auch rassistisch konnotiert ist. Beispiele: ‚Rumänen und Bulgaren‘ in Fleischverarbeitungsbetrieben (Tönnies, Coesfeld etc.) aber auch ‚Großfamilien‘ in Göttingen...“

Antworten:

„Stigmatisierungen und Rassismen finden wir hier sehr stark! Besonders gegen als asiatisch wahrgenommene Menschen.“

*„Die Darstellung dieser Infektionsherde in den Medien ist oft sehr problematisch, z.B. wenn gesagt wird, dass es sich um Migrant*innen handelt (ist eigentlich eine komplett irrelevante Information).“*

„Das teile ich! Zumal die Stigmatisierung ja buchstäblich mit einer Ghettoisierung einherging. Die Bilder von Bauzäunen um Infektionshotspots sprechen da eine sehr deutliche Sprache.“

Die Erzählung, dass politische Eliten die Corona-Krise nutzen, um eine Diktatur zu errichten, taucht gleichermaßen in islamistischen Narrativen wie in denen des rechten Spektrums in Deutschland auf. Während sich jedoch die Rechte in den Protesten als „Hüterin der Demokratie“ zu produzieren versucht, konstatiert die islamistische Erzählung, dass demokratisch-freiheitliche Systeme generell nicht krisenfest, also utopisch seien. Dies zeige sich daran, wie schnell westliche Länder in der Pandemie freiheitliche Grundrechte außer Kraft setzten.

Die gesellschaftliche Einordnung der Proteste

Als wiederkehrende Motive über ideologische und politische Gräben der unterschiedlichen Gruppierungen und Strömungen in den Corona-Protesten hinweg zeigen sich systemkritische Haltungen, deutliche Tendenzen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Fremdenhass, Stereotypisierung, Stigmatisierung und auch Antisemitismus. Bereits bei vergangenen Virusausschüben wie SARS, MERS oder der Schweinegrippe nahmen stigmatisierende Diskurse und fremdenfeindliche Einstellungen zu. Selbst bei Naturkatastrophen wie dem Hurrikan Katrina gab es in den USA ähnliche Dynamiken. Der Blick auf vergangene Krisen und Katastrophen zeigt daher, dass die Zunahme menschenfeindlicher Haltungen und die Radikalisierung der Corona-Proteste keineswegs eine Ausnahme darstellen, sondern ein gewissermaßen antizipierbares kollektives Krisenerleben widerspiegeln, das als fundamental empfunden wird. In langfristiger Perspektive werden sicher auch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Schutzmaßnahmen das Protestgeschehen weiter beeinflussen.

Dies bedeutet, dass der gesellschaftliche Kontext und das Klima, in dem diese Proteste entstehen und wirken, untersucht werden müssen. Die Polarisierung der Gesellschaft hat bereits in den vergangenen Jahren messbar zugenommen, nicht zuletzt im Zuge der Flüchtlingskrise. Rechtspopulistische, antidemokratische, neurechte und menschenfeindliche Einstellungen haben sich insgesamt in

der Gesellschaft messbar weiterverbreitet, wie die Mittelstudien zeigen. Gleiches trifft auch auf Wissenschaftsskepsis und Verschwörungsglaube zu. Die Orientierungslosigkeit und die Unsicherheit in der Corona-Pandemie verstärken folglich bestehende Radikalisierungsprozesse in der Gesellschaft. Antisystemische Haltungen, Ausgrenzung, Ablehnung von Vielfalt und die Betonung vermeintlicher „Etabliertenrechte“ gegenüber Migrantinnen und Migranten intensivieren sich durch das Gefühl der existenziellen Bedrohung durch die Pandemie - gepaart mit dem Gefühl, das politische Entscheidungssystem ohnehin nicht (mehr) zu durchblicken und beeinflussen zu können. Extremistische Ideologien knüpfen an diese bereits bestehenden Einstellungen an und können so weit in die Gesellschaft und ihre Diskurse hineinwirken. So für andere Gruppen allianzfähig geworden, öffnet sich für Personen des extremistischen Spektrums der Raum für gemeinsame Inszenierungen. Diese Inszenierung wird in Form von Protesten als öffentliche Erlebniswelt erfahrbar und führt zu neuen Affektkulturen. Das Radikalisierungspotenzial liegt in der immer stärkeren, bildmächtigen Inszenierung über Gruppen und Milieus hinweg. Diese politische und soziale Konfliktdimension der Pandemie ist bisher von Wissenschaft und Politik vernachlässigt worden.

Was können wir tun?

Die Konfliktebene und die Gefahr der Radikalisierung im Zuge der Bedrohungswahrnehmung durch das Virus und die Einschränkungen durch die Schutzmaßnahmen sind unterschätzt worden. Für die Zukunft ist die zentrale Frage, wie die Gesellschaft mit den zu erwartenden Dynamiken umgeht. Die Herausforderung ist, die in Krisen anfänglich hohe Solidarität und Inklusivität tragfähig zu machen. Es gilt, den in Protesten geäußerten radikal-extremistischen Positionen klar und stark inhaltlich zu begegnen, statt sie als eine krisenbedingte Spinnerei aus den Rändern der Gesellschaft abzutun, die irgendwann schon wieder verschwindet.

Die zivilgesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Haltungen muss auch bzw. gerade in Krisenzeiten konsequent und wehrhaft geführt werden. Es braucht dafür jedoch auch eine klare Krisenstrategie seitens Politik und Behörden, die während der Pandemie nicht allein medizinische, infrastrukturelle und

finanzielle Dimensionen berücksichtigt, sondern soziale Konflikte wie Verteilungskämpfe, Stigmatisierung vulnerabler Gruppen und Gewaltphänomene in verschiedenen Ausprägungen mit adressiert. Bundes-, Landes- und kommunale Ebene sind gefordert, solche Konfliktstrategien zu entwickeln.

Verschwörungserzählungen wirkungsvoll zu begegnen, ist nicht allein Aufgabe der Politik und der Präventionsangebote. Versatzstücke von Verschwörungserzählungen offenbaren sich nicht allein in öffentlichen Kundgebungen, sondern auch im unmittelbaren persönlichen beruflichen wie privaten Umfeld. Hier steht jeder und jede Einzelne vor der Herausforderung: Wie kann ich die Erzählung entkräften? Wie Verschwörungserzählungen dekonstruiert und entmachteter werden können, zeigte die Antonio-Amadeu-Stiftung in ihrer jährlichen Aktionswoche gegen Antisemitismus, in der sie am 15. Mai 2020 einen digitalen Aktionstag gegen Verschwörungsmythen und Antisemitismus durchführte. An dem Aktionstag und in den darauf folgenden Tagen boten die Antonio-Amadeu-Stiftung in Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnerorganisationen und –Initiativen Vorträge, Filmvorführungen, Webinare, Diskussionsrunden und Fortbildungsformate an. Der Livestream am 15. Mai hatte 900 Zuschauerinnen und Zuschauer, 220.000 riefen den ersten Live-Chat auf. Es gab eine Millionen Klicks und 2,5 Millionen Impressionen. Gleichzeitig startete die Kampagne „Seriously? #glaubnichtalles was du hörst“ zur Aufklärung über Verschwörungsmythen und wie man ihnen begegnen kann.

Frage:

„Wie schätzen Sie die Zustimmung junger Menschen zu den Anti-Corona-Protesten ein?“

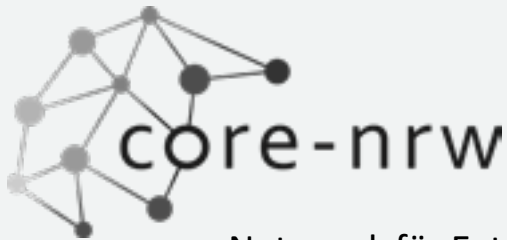
Antworten:

„Jugendliche sind nicht viel anders eingestellt, als die Milieus, denen sie sich zuordnen, passen sich an sie an. Im Zweifelsfall denken sie eher gar nicht über Corona nach (lästig, geht einen nichts an). In Milieus, in denen antisemitische Vorurteile verbreitet sind, sind sie auch bei Jugendlichen zu finden.“

„Ich denke Anti-Corona Proteste spalten sich eher anhand der Ausdrucksform bei Altersgruppen: Jüngere Menschen finden wir eher beim ‚Protest‘ in den sozialen Medien, während auf den Hygienedemos vor Ort andere Altersgruppen stärker vertreten sind.“

Der Bedarf an solchen Informationsangeboten und Hilfestellungen zum Umgang mit Desinformation ist groß. Dies betrifft nicht nur Lehrkräfte und Fachkräfte in der politischen Bildung, sondern auch Bürgerinnen und Bürger, die mit Desinformation und Verschwörungserzählungen in der Familie, im Freundeskreis oder auf der Arbeitsstelle konfrontiert werden. Die Resilienz der Menschen gegenüber Verschwörungserzählungen zu stärken, wird mehr und mehr auch zur Aufgabe der Extremismusprävention.

Angebote der politischen Bildung und Aufklärung stärken die Ambiguitätstoleranz und befähigen Menschen zur kritischen Auseinandersetzung mit der Komplexität der Welt. Hier können etablierte Präventionsstrukturen eine zentrale Rolle einnehmen, die durch angepasste Methoden und Ansätze, die auch in einem Lockdown auf Distanz funktionieren, krisenfest gemacht werden müssen. Die Präventionsarbeit während der anhaltenden Pandemie muss insbesondere solche Zielgruppen und Milieus erreichen, die ganz besonders von den Verwerfungen und Konflikten aufgrund einer Krise und eines Lockdowns betroffen sind. Hierzu gehören z. B. Kinder und Jugendliche in extremistischen Milieus und sozial benachteiligten Familien, wobei hier Extremismusprävention Hand in Hand mit der Prävention von Gewalt, Vernachlässigung und Bildungsungerechtigkeit gehen muss. Darüber hinaus zeigen die Mobilisierung eher älterer Menschen in den Corona-Protesten sowie die Ausbreitung von Verschwörungserzählungen und menschenfeindlichen Haltungen quer durch die Gesellschaft, dass Angebote der Prävention und Demokratieförderung nicht allein junge Menschen adressieren sollte. Stattdessen muss Präventionsarbeit stärker in der Familienarbeit und Erwachsenenbildung verankert und auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt werden.



Netzwerk für Extremismusforschung
in Nordrhein-Westfalen

CoRE – Connecting Research
on Extremism in
North Rhine-Westphalia

Impressum

Herausgeber und Kontakt

Maurice Döring

BICC · Pfarrer-Byns-Str. 1 · 53121 Bonn · Tel. +49 228.911 96-0

doering@core-nrw.de · www.core-nrw.de

Die Veröffentlichung erfolgt im Kontext des Netzwerkes CoRE-NRW, einem Verbund aus Wissenschaft und Praxis, zur Erforschung des extremistischen Salafismus, Rechtsextremismus und anderer Formen des Extremismus.

Die BICC-Koordinierungsstelle arbeitet im Auftrag für das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW. Die Inhalte der Publikation werden allein von den Autorinnen und Autoren verantwortet.

Gestaltung

kipconcept gmbh, Bonn

Layout

Heike Webb

November 2020